Um 50 Jahre zurückgeworfen

Drohender Verlust der Sozialversicherungsrechte Erwerbsloser. Gegen Sozialreaktion, Unterstützungs- und Rentenabbau schließt die rote Einheitsfront unter Führung der KPD. Lest die Arbeiterstimme!

Zu den ungeheuerlichen Abbauplänen in der Arbeitslosenversicherung gehört, daß die Arbeitsämter nicht mehr verpflichtet sein sollen, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft notwendigen Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung für die Arbeitslosen zu entrichten und mit der Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge auch die Krankenversicherung für die Arbeitslosen einzustellen.

Schon jetzt besteht der Zustand, daß das Millionenheer der ausgesteuerten Arbeitslosen keine kassenärztliche Versorgung mehr erhält und auf den Wohlfahrtsarzt angewiesen ist. Die Leistungen der Krankenkassen sind durch den ungeheuerlichen Abbau so gesunken, daß man kaum noch von einer Versorgung sprechen kann. Die wohlfahrtsärztliche Versorgung aber ist noch jämmerlicher. Sie wird nach dem „Sparprogramm" des Städtetages und nach den Anweisungen des preußischen Wohlfahrtsministers auf das äußerste Maß eingeschränkt. Dazu kommt, daß die „Wohlfahrts"-leistungen rückerstattungspflichtig sind.

Wenn jetzt diese „wohlfahrtsärztliche Versorgung" für 7 Millionen Erwerbslose eingeführt werden soll, so wird damit für ein Drittel der Arbeiterschaft die Krankenversicherung überhaupt beseitigt. Das bedeutet Rückentwicklung der Sozialgesetzgebung um 50 Jahre.

Was tritt aber ein, wenn die Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invaliden- und Angestelltenversicherung nicht mehr von den Arbeitsämtern gezahlt werden?

In der Invalidenversicherung muß der Versicherte mindestens 20 Beiträge in zwei Jahren entrichten, sonst gehen alle Ansprüche auf frühere Beitragsleistungen verloren.

Der Arbeitslose müßte also von seiner geringen Wohlfahrtsunterstützung noch diese Beiträge à 60 Pfennig bezahlen, um zu verhindern, daß unter Umständen seine Ansprüche aus jahrzehntelanger Beitragszahlung verlorengehen. Dazu kommt aber auch noch, daß durch die Notverordnung vom 9. Dezember ein Wiederaufleben alter Ansprüche durch die Verlängerung der Wartezeit erschwert wird. In der Invalidenversicherung beträgt die Wartezeit 250 Beitragswochen, früher 200. Sind weniger als 200 Pflichtbeiträge (bisher 100) geleistet, so tritt eine Wartezeit von 500 Beitragswochen, beim Bezug der Altersrente sogar von 750 Beitragswochen, also 15 Jahre, ein. Der Arbeitslose, der während jahrelanger Arbeitslosigkeit seine Invalidenversicherung hat verfallen lassen, kann das Wiederaufleben seiner alten Ansprüche nur erreichen im Alter bis zu 40 Jahren, wenn er von neuem die Wartezeit erfüllt hat; ist er über 40 Jahre alt, wenn er vorher bereits 10 Jahre Beiträge gezahlt hat und nachdem wieder 500, also neue 10 Jahre Beiträge nachweisen kann. Ist er über 40 Jahre alt, so lebt seine Anwartschaft nur wieder auf, wenn er vorher mindestens 1000 Beiträge, also 20 Jahre Beiträge nachweisen kann und die neue Wartezeit erfüllt hat. Außerdem gilt allgemein, daß die Anwartschaft auch wieder auflebt, wenn von jedem Eintritt der Versicherungspflicht an bis zum Eintritt der Invalidität die gesamte Beitragszeit einschließlich anrechnungsfähiger Zeiten, Krankheit, Militärdienst zu drei Viertel voll gedeckt ist.

In der Inflationszeit hat bereits eine große Zahl Arbeitsloser durch diese Bestimmungen ihre früheren Anrechte verloren. In der Angestelltenversicherung hat man unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Inflationsjahre alle früheren Ansprüche bis zum Jahre 1925 als aufrechterhalten anerkannt, auch wenn die Anwartschaften verloren waren. In der Invalidenversicherung aber nicht.

In der Angestelltenversicherung bestehen also bis zum 1. 1. 1926 alle Anwartschaften. Von da ab muß aber jeder Angestellte in den ersten zehn Kalenderjahren seiner Versicherung mindestens 8 Monatsbeiträge jährlich, dann 4 Beiträge entrichten; fehlen Beiträge, kann er sie innerhalb von zwei Jahren entrichten. Erlischt seine Anwartschaft endgültig, so kann sie erst wieder aufleben, wenn er eine neue Beschäftigung aufnimmt oder selbst Beiträge bezahlt für 24 Monate, vorausgesetzt, wenn er vorher bereits seine Wartezeit erfüllt hatte; wenn das nicht der Fall war, 48 Beitragsmonate. Die Wartezeit selbst beträgt nach der neuen Notverordnung 60 Beitragsmonate, sind weniger als 60 Pflichtbeiträge bezahlt, 120 Beitragsmonate; beim Ruhegeld ebenfalls wie bei der Invalidenversicherung 180 Monate, also 15 Jahre.

Die kommunistische Fraktion hatte bereits bei früheren Verhandlungen die Beseitigung der Anwartschaftsverpflichtungen überhaupt verlangt. Müller vom ADGB erklärte damals im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, „daß jede Versicherung mit solchen Verlusten rechnen müsse, da die Versicherung sich nicht halten könnte, wenn jeder Versicherte auch zu seinen Ansprüchen käme". Der Sozialdemokrat Müller hält es also für ganz richtig, wenn Arbeiter um ihre sauer erworbenen Rechte gebracht werden.

Diesen Standpunkt einer kapitalistischen privatwirtschaftlichen Versicherungsgesellschaft will jetzt die Regierung in noch größerem Umfange zur Geltung kommen lassen. Durch die Streichung der Ansprüche der Arbeitslosen soll die Sanierung der Invalidenversicherung erleichtert werden.

Das ist das System der Brüning, Severing und Hilfer, das System des Kapitalismus. Das System gegen die Armen, für die Reichen! —

Werktätige, wehrt euch! Kämpft unter Führung der KPD in roter Einheitsfront gegen Sozialreaktion! Zeigt eure Kampfbereitschaft durch die Wahl des roten Kandidaten und Beteiligung am roten Volksentscheid.

Notschrei der Dresdner Schuhmacher

Protestversammlung der Schuhmachermeister

Am Mittwoch, dem 30. März, fand in den Annensälen eine von nahezu 400 Personen besuchte Protestversammlung der Dresdner Schuhmacherinnung statt. Als Anlaß diente der im Stadtverordnetenkollegium abgelehnte Antrag Kunzsch, der vom Fürsorgeamt die Vergebung von 80 Prozent Schuhreparaturen forderte und um den schon ein ganzes Jahr ein „Kampf" geführt wurde.

Bei der Eröffnung der Versammlung entschuldigte sich in lendenlahmer Form ein Mitglied des Vorstandes und nahm seinen Freund und Obermeister Stadtverordneten Kunzsch in Schutz. Darauf bekam der Obermeister Angermann das Wort zu seinem Referat. Das Referat war eine einzige Schimpfkanonade, die er mit radikalen Phrasen umkleidete. Er verstieg sich gegen das „System", um es in dem nächsten Satz wieder anzuerkennen. Nicht ein einziger Schuhmacher erkannte die Halbheit der neu

Die billige ungekürzte Ausgabe
KARL MARX
DAS KAPITAL
Band I: Der Produktionsprozeß des Kapitals
Vom Marx-Engels-Lenin-Institut autorisierte Ausgabe
erscheint im Mai im Verlag für Literatur und Politik, Berlin SW 61
Holzfreies Papier, ca. 700 Seiten
ca. Mk. 2.50
Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen

eingeleiteten Aktion. Man beauftragte die Kommission, erneut zum Oberbürgermeister Dr. Külz zu gehen, um ihn erneut um Aufträge anzubetteln. Ein ebenso verfehltes Experiment ist auch die angenommene Entschließung, die zu nichts verpflichtete. Als zweiter Referent betrat Obermeister Kaiser das Rednerpult, der noch radikalere Töne vom Stapel ließ und **aufforderte, das System,** wessen wurde nie gesagt, **zu stürzen, aber nur durch den Stimmzettel.** Stadtverordneter Dr. Best von der NSDAP bot seine Ausführungen vom Blatt ab und buhlte um die Stimmen der Handwerksmeister. Die Genossin Gansauge, die in der Diskussion sprach, wies ihnen ebenfalls ihre Haltlosigkeit in der neuen Aktion nach. Daß ihnen die 80 Prozent der Reparaturen vom Fürsorgeamt nichts nützen werden. Wenn alle Arbeiter Arbeit und Brot haben, dann hat auch der Handwerker seinen Verdienst. Das ist aber nur durch Kampf in der roten Einheitsfront möglich, in der auch sie sich einzureihen haben, wenn sie um ihre Existenz kämpfen wollen. Von dieser Methode wollen allerdings einige Schuhmachermeister nichts wissen. Der Obermeister Schnorrer hielt das Schlußwort und alle gingen in ebenso geschlossen wie sie gekommen waren, wieder heim.

Wir rufen ihnen aber zu: Nicht mit dem Stimmzettel wird es euch besser gehen, sondern nur der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, Seite an Seite mit den revolutionären **Arbeitern in den Fabriken und auf den Stempelstellen in Stadt und Land, wird Arbeit und Brot bringen. Nicht das Geschwätz vom neuen System von Hitler und Hugenberg, sondern ein freies sozialistisches Deutschland wird einem jeden ein menschenwürdiges Dasein garantieren.**

Werktätige berichten

„Einwandfreies" Essen aus dem Albertstift

(Arbeiterkorrespondenz 443)

Am Dienstag, dem 22. März, mußte ich für meine Familie auf Veranlassung des Fürsorgeamtes Plauen, im Albertstift Lößtau, Wernerstraße, Essen holen. Ich habe das Essen bisher dort geholt, weil mir vom Amt erklärt wurde, das Essen im Albertstift sei besser gekocht, weil im Volkswohl das Essen teuer los sei. Ich war dazu gezwungen, weil meine fünf Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren schon tagelang kein warmes Essen bekommen hatten.

Wir mußten die Feststellung machen, daß das Essen ungenießbar war und meine Kinder 1 Stunde nach dem Essen erbrachen durch Erbrechen und Durchfall. Das Fürsorgeamt habe ich verständigt, mir wurde von der Fürsorgerin mitgeteilt, das Essen riecht gut, aber den Kindern könne man das Essen nicht geben, da hätte ich was anderes kochen sollen für die Kinder. Das Essen bestand aus Kartoffeln, Mehltunke und sauren Gurkenbuchen mit Zucker. Das Essen habe ich der Wohlfahrtsbehörde zur Untersuchung gegeben, das Ergebnis war „einwandfrei".

Ich war darüber nicht überrascht. Aber ich weiß nun, was ich von der christlichen Wohlfahrtskomödie zu halten habe.

Darum rufe ich besonders den Frauen zu: Nicht solche „einwandfreien" Essenportionen christlicher Nächstenliebe können uns helfen, sondern nur der gemeinsame Kampf mit unseren Männern für ein sozialistisches Deutschland!

„Ich werde Ihnen beibringen ..."

Von einem Arbeiter wird uns berichtet:

(Arbeiterkorrespondenz 444)

Am 28. März, 20.15 Uhr, hielten sich am Goldenen Löwen einige junge Arbeiter auf, die sich dort harmlos die Zeit vertrieben. Da erschien ein Schutzmann, von dem bekanntlich bekannt ist, daß er Mitglied der NSDAP ist, und forderte die jungen Leute auf, sich zu entfernen, sonst würde er von der Gewalt Gebrauch machen. Als darüber gelacht wurde und man ihn darauf aufmerksam machte, daß man doch noch das Recht habe, sich auf der Straße zu unterhalten, soll er willkürlich einen Arbeiter zur Wache geführt haben. Auf dem Wege zur Wache soll er folgenden Ausspruch getan haben: „Ich werde Ihnen beibringen, meinen Anweisungen zu gehorchen." Zur Reichspräsidentenwahl erschien dieser Sipo in Zivil mit einem Hakenkreuz geschmückt.

Werktätige von Trachau, merkt euch das, schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront!

Die Mietzinssteuer nach dem 1. April

Die Sätze der Mietzinssteuer für die nach dem Aufwertungssteuergesetz Befreiung erfolgen kann, ändern sich ab 1. April wie folgt:

Bei unbelasteten Grundstücken 11,2 Prozent

Bei einer Belastung bis 10 v. H. = 15,2 Prozent
bis 20 v. H. = 19,2 Prozent
bis 30 v. H. = 23,2 Prozent
bis 40 v. H. = 27,2 Prozent
bis 50 v. H. = 31,2 Prozent

Das sind die Sätze der Mietzinssteuer, die nach der gesetzlichen prozentigen Senkung der Mietzinssteuer ab 1. April — wieder restlos zugunsten der Hausbesitzer erfolgte — den Mietern auferlassen werden müssen nach dem Aufwertungssteuergesetz, wie es dies in der Nummer 70 vom 23. März im 1. Teil erläuterten.

Capitol

Was ein Kraftfahrer und solche, die es werden wollen, vom Motor, der Zündung und dem Vergaser wissen müssen, zeigt ein sehr instruktiver Lehrfilm, der am Sonntag, dem 3. April, 11 Uhr, im Capitol, Prager Straße, vorgeführt wird. Dieser Film zeigt uns die komplizierten Vorgänge beim Verbrennungsmotor. Unter raffiniertester Anwendung aller Künste, die der Aufnahmetechnik zur Verfügung stehen, hat man hier ein Anschauungsmittel geschaffen, das auch dem absoluten Laien im Verlaufe einer knappen Zeit eine derartig eingehende Kenntnis und Anschauung über die Tätigkeit der lebenswichtigsten Teile des Kraftwagenmotors vermittelt, wie es das gesprochene Wort selbst unter Anwendung von Zeichnungen und Anschauungsbildern niemals vermag. — Die Vorführung kann daher allen, die sich für das Auto interessieren, nur empfohlen werden.

Zeitkabarett

Am Donnerstag, dem 31. März, 20 Uhr, findet im Saal der Kulturkreisen, Winckelmannstraße 7, ein Abend „Zeitkabarett" statt.

Gemeindeparlament gegen Erwerbslose

Nur der außerparlamentarische Kampf in roter Einheitsfront erzwingt Existenzsicherung aller Arbeiter

(Arbeiterkorrespondenz 441)

Ottersdorf. Am Mittwoch, dem 23. März, fand die dritte öffentliche Gemeindeverordnetensitzung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Bürgermeister Ufer zwei Erklärungen ab, mit denen er zwei in der Gemeinde verbreitete Gerüchte klarstellen wollte. Es handelte sich um Erhöhung der Hundesteuer und um den Prozeß der Kummermühle. Der Prozeß ist beim Landgericht zugunsten der Gemeinde entschieden worden. Auf Einspruch hin findet ein weiterer Termin am 14. Mai vor dem Oberlandesgericht statt. Hierauf trug Gemeindeverordnetenvorsteher Scholze die Spar- und Girokassenberichte vor, aus denen zu entnehmen war, **daß die Abhebungen die Einnahmen stets überschreiten.** Bürgermeister Ufer gab anschließend einen Bericht über die Erwerbslosigkeit der Gemeinde und ihre Auswirkung. Er führte aus, daß seit 1926 die Zahl der Erwerbslosen niemals unter 10 Prozent der Bevölkerung betrug. Zur Zeit hat die Gemeinde 450 Unterstützungsempfänger, dazu kommen noch die Leute, die keine regelmäßige Unterstützung erhalten und ungefähr 100 Leute, die überhaupt keine bekommen. Außerdem hat die Gemeinde 650 Krisen- und Arbeitslosenunterstützungsempfänger. Ein Fünftel der Gemeindeeinwohner sind arbeitslos. Ufer erklärte, durch Eingänge der geringen Steuern sei die Gemeinde nicht imstande, selbst den ärmsten Leuten zu helfen. Besonders bedauerte er, daß die Biersteuer gesenkt wird, aber kein Wort über die Reichen, die so gut wie keine Steuern bezahlen. Genosse Fehrmann führte aus, daß die Not noch krasser ist und meinte, **daß mit Feststellung der Not niemanden geholfen wird und verlangt vom Staat durchgreifende Maßnahmen.** SPD-Ufer meinte, er hätte von der Gemeinde gesprochen, die Gemeinde sei aber die unterste Zelle des Staates. **Genosse Schmidt stellte fest, daß keine Fraktion ein Wort für die Fragen der Erwerbslosen übrig hat.** Punkt 3, Zustimmung zum Bebauungsplan für eine Erwerbslosensiedlung, wurde von der KPD abgelehnt. (Mit 11 gegen 4 Stimmen der Kommunisten angenommen.) Zu Punkt 4, Vorbereitung der Etatsberatungen, soll der Aeltestenausschuß vornehmen. Punkt 5 und 6 Ergänzung des Beschlusses vom 19. 10. 1928, die Ruhegeldordnung für Dauerangestellte betreffend und Nachtrag zur Ruhelohnordnung, wurde von der KPD abgelehnt. Punkt 7, Brücke an der Walterschänke, die Mittel wurden bewilligt. Die öffentliche Tagesordnung war hiermit erledigt. Der Genosse Fehrmann stellte den Antrag, den Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung zu verlegen, dem wurde entsprochen. Er betraf die Teufelsmühle, bei der die Dachkonstruktion zu schwach ausgeführt wurde. **Der ausführende Baumeister Franke hatte nichts gemerkt, daß es nicht stimmt.** Der Schaden soll so schnell wie möglich behoben werden.

Verschleppungstaktik des Arbeitsamtes

(Arbeiterkorrespondenz 420)

Von einem Erwerbslosen wird uns mitgeteilt:

Ich weile seit dem 18. Februar in Dresden. Da ich in Freiberg wohnhaft war, mußte ich auf den Ueberweisungsantrag des dortigen Arbeitsamtes warten. Am 16. März erklärte mich der Spruchausschuß des Dresdner Arbeitsamtes für zuständig. **Trotzdem ich nun bereits die sechste Woche stempeln gehe, sind meine Akten vom Arbeitsamt Freiberg noch nicht überwiesen.** Auf mehrfache Anfragen beim Dresdner Arbeitsamt, meine Sache doch zu erledigen, da ich doch in den sechs Wochen buchstäblich verhungern muß, wurde mir erklärt, es müßte alles seinen Gang gehen. **Auch das Fürsorgeamt lehnte für mich jede Unterstützung ab und bewilligte für mich und meine zwei Kinder Fahrkarten für die Rückfahrt nach Freiberg.**

Erst am 21. März 1932 erhielt ich vom Arbeitsamt Freiberg eine Karte, auf der mir mitgeteilt wird, daß nun endlich meine Akten überwiesen sind.

Es ist bezeichnend für die Methoden der Arbeitsämter, **daß sie einem Erwerbslosen die ihm rechtlich zustehende Unterstützung sechs Wochen vorenthält. Von was der Erwerbslose in dieser Zeit leben soll, haben sie ihm natürlich nicht gesagt. Betteln ist bekanntlich verboten, also bleibt dem Erwerbslosen nichts weiter übrig als zu verhungern, trotzdem er gesetzlich Berechtigung auf Erwerbslosenunterstützung hat.**

Alle Kommunisten auf Posten

zum Kampf gegen den neuen Weltkrieg für die Mobilmachung zur Verteidigung der Sowjetunion. Eine unserer besten Agitationsmittel ist die Massenbroschüre:

„Krieg in China, Intervention, Weltkrieg"

Diese Zehnpfennig-Broschüre ist mit vielen Bildern in Kupfertiefdruck ausgestattet und bei allen Litobleuten zu haben.

Der Kämpferinnen-Vertrieb im UB Leipzig an der Spitze!

Die Kampfzeitung der werktätigen Frau ist die Kämpferin, sie gehört in jedes proletarische Haus, in jeden Betrieb, auf jede Stempelstelle. Für die Kämpferin muß geworben werden, um tausende Arbeiterinnen und proletarische Frauen in die rote Kampffront einzureihen und sie für die rote Arbeiterfront zu gewinnen.

In der Kämpferin spiegelt sich das Leben der Arbeiterinnen in den Betrieben wider, hier werden die Ausbeutungsmethoden der Unternehmer gebrandmarkt und die Kämpfe der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen, wie der erwerbslosen Frauen geschildert, der Ausweg aus Not, Elend und Unterdrückung gezeigt. Darum muß in jedem Unterbezirk eine Massenpropaganda und ein Massenvertrieb für die Kämpferin durchgeführt werden.

Unterbezirk Leipzig steht mit 2000 Exemplaren an der Spitze! Dieses Ergebnis ist gut, muß aber noch gesteigert werden! Wo bleiben die anderen Unterbezirke? Sie dürfen dem UB Leipzig nicht nachstehen!

Vorwärts, Sturm auf die Frauenbetriebe!

Macht sie zu roten Burgen!

Die Kämpferin in jeden Betrieb, auf jede Stempelstelle, in jeden Wohnblock.

Die Kämpferin erscheint 14täglich und kostet 10 Pfennig. Sie ist reich illustriert und gut ausgestattet.